

Die Gemeinde muss sparen

Erheblicher Ertragsrückgang bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen



Empfindliche Einbußen zwingen die Gemeinde dazu, alle Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen.

Angesichts deutlicher Mindereinnahmen beschloss der Gemeinderat einstimmig Einsparungen in Höhe von rund einer halben Million Euro. Das Kirschenfest musste ebenso weichen wie einige Beschaffungen.

Eine schmerzhaft streichliste hatte die Verwaltung vorgelegt, der Gemeinderat hat sie schweren Herzens verabschiedet. Doch das Sparen geht noch weiter. Nach dem Bekanntwerden des Gewerbesteuerrückgangs Ende März war bereits verwaltungsintern eine sofortige haushaltswirtschaftliche Sperre verhängt worden. Das heißt, dass nur die nötigsten Ausgaben zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs getätigt werden dürfen. Diese Sperre muss jedoch weiterhin aufrechterhalten werden, da auch die im Rat beschlossenen Kürzungen von rund 500.000 Euro noch bei weitem nicht ausreichen, um den Ertragsrückgang auszugleichen. Nach aktuellem Stand ergibt sich in Sachen Gewerbesteuer ein Minus in Höhe von rund 800.000 Euro im Vergleich zum Planansatz. Dieser kann sich je nach Konjunkturverlauf über das Jahr hinweg jedoch noch weiter verschlechtern.

Bürgermeister Michael Hillert erinnerte an ähnlich schwere Finanzjahre zu Zeiten der Wirtschaftskrise 2008/2009: „Wir mussten die Schillerhalle bezahlen und die

Einnahmen gingen noch dramatischer abwärts. Der Unterschied ist allerdings der, dass wir damals von Rücklagen zehren konnten, die wir heute eben nicht haben.“

In allen Bereichen wurde dementsprechend geprüft, ob Ansätze in voller Höhe benötigt werden, Maßnahmen entfallen oder verschoben werden können. Beispielhaft wird das Kirschenfest in diesem Jahr nicht stattfinden können, eine Machbarkeitsstudie im Bereich der Feuerwehr muss verschoben werden. Ebenso liegt die Einführung einer elektronischen Belegarchivierung im Rathaus oder die Installation von Fahrradboxen am Bahnhof damit vorerst auf Eis.

Der Gemeinderat zeigte durchweg Verständnis für die drastischen Vorschläge und regte weitere Einsparungen an. Beispielsweise wurden die Mittel für eine Klausurtagung des Gremiums demnach auf das Notwendigste gekürzt. Weiter sollen auch die Ausgaben für eine Backhaushockete auf den Prüfstand gestellt werden, sofern dadurch den teilnehmenden Vereinen kein Schaden entsteht.

Bürgermeister Hillert betonte, dass auch weiter alle Freiwilligkeitsleistungen kritisch beäugt werden müssen, um den hohen laufenden Ausgaben Herr zu werden. Explizit ausgenommen in den bisherigen Sparüberlegungen seien bislang Bereiche gewesen, die wichtig für das soziale Zusammenleben sind, wie beispielsweise die Vereinsförderung. „Wenn es irgendwie geht, wollen wir das Gemeindeleben nicht kaputt sparen“, sagte er.

Die Uhlandschule könnte zum Gesundheitszentrum werden

Das Gebäude bleibt im Eigentum der Gemeinde – als Investor steht die Kommunale Wohnungsbau GmbH in den Startlöchern



Hier könnten Praxisräume und Ähnliches entstehen: Das Gebäude der Uhlandschule.

Über eine mögliche Nachnutzung des Schulgebäudes war bereits viel spekuliert worden. Nach einer Initiative mehrerer Ärzte befürwortete der Gemeinderat die Idee eines Gesundheitszentrums.

Aktuell beschäftigen sich Architekten mit entsprechenden Voruntersuchungen. Im Kern soll das Gebäude in seiner Optik möglichst unverändert bleiben. Vorhandene Nutzungen wie das Gemeindearchiv und die Heizzentrale der Nahwärmeversorgung bleiben ebenso erhalten. Eigentümer ist und bleibt nach Willen des Gremiums die Gemeinde, während die Investitionen in das Gebäude und die entsprechende Vermietung der Räumlichkeiten über die Kommunale Wohnungsbau GmbH abgewickelt werden könnten. Weitere Interessenten aus dem Gesundheitsbereich sind herzlich willkommen.

Ausbau des Mühlgässle

Die Entwurfsplanung ist beschlossen



Der aktuelle Zustand des Mühlgässle lässt die vorhandenen Mängel deutlich erkennen.

Das Ingenieurbüro Pirker+Pfeiffer wurde mit den weiteren Leistungsphasen beauftragt. Zur Vermeidung eines Investitionsstaus soll die Maßnahme trotz knapper Kasse ausgeführt werden.

Angesichts der Haushaltslage wurden sowohl in den Haushaltsberatungen als auch in den aktuellen Überlegungen bereits einige Projekte aus dem Tiefbaubereich gestrichen. Eine Ausnahme soll der Ausbau des Mühlgässle darstellen. Die Notwendigkeit einer Sanierung stand angesichts des Zustands im Gremium außer Frage. Zahlreiche Schäden am Belag sind offensichtlich, dazu fehlen Randeinfassungen und eine geordnete Entwässerung. Eine Untersuchung hatte zudem ergeben, dass der Straßenunterbau nicht frostsicher sei.

Da es sich um eine Maßnahme im Rahmen der „Ortskernsanierung III“ handelt, können hierfür glücklicherweise einige Zuschüsse aus Sanierungsmitteln generiert werden. Zudem wurde in einer Kanaluntersuchung festgestellt, dass die eingeplante Auswechslung des Kanals nicht notwendig ist. Die Kostenberechnung beläuft sich somit noch auf 362.000 Euro, veranschlagt waren im Haushaltsplan 459.000 Euro.

Die Ausführung soll als Asphaltdecke mit einer mittig verlaufenden Entwässerungsrinne aus Granitsteinen sowie passenden Randeinfassungen aus Granit erfolgen.

Kurz und bündig: Was sonst noch war

Neubau Regenüberlaufbecken Gweidach vorerst vertagt

In der Bausache RÜB Gweidach war geplant die Tragwerksplanung zu vergeben. Rechtliche Vorgaben zwingen die Gemeinde eigentlich zu einer zeitnahen Realisierung und Inbetriebnahme des Bauwerks. In Rücksprache mit dem zuständigen Umweltamt darf aufgrund der finanziellen Ausnahmesituation der Bauzeitenplan noch einmal auf den Prüfstand gestellt und die Maßnahme entsprechend verträglich verschoben werden. Der neue Realisierungszeitraum soll nun erarbeitet und entsprechend abgestimmt werden.